

**Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V.**

**3. November 2014 in der Handwerkskammer Hamburg**

**Sozialpolitik in Zeiten der Schuldenbremse – Auswirkungen auf das soziale Klima in Hamburg**

**Vortrag von**

Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup

Wirtschaftswissenschaftler an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

***Wirtschaftskrise nicht beendet – Alternativen tun not***

Wann benennt die Politik endlich die Krisenursache für die schlimmste Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit 1929 und beseitigt sie konsequent? Nur wer Ursachen behebt und nicht nur, wie es die herrschende Politik weltweit praktiziert, sich mit den Symptomen beschäftigt, kann auch den Krisenherd, das Pathologische, ausmerzen. Was ist aber die Ursache, das ökonomisch Kranke? Das *neoliberale (marktradikale) Wirtschaftsparadigma*, dass sukzessive seit den 1970er Jahren immer stärker sein Unwesen treibt und über mehrere kleine und mittelschwere internationale Finanzkrisen in den 1990er Jahren, mit dem Ausbruch der US-Subprime-Krise im August 2007, schließlich sein vorläufiges Waterloo fand.

Die neoliberalen Machteliten auf der Welt hören aber dennoch nicht auf, ihre unheilvolle Ideologie weiter zu predigen und umzusetzen. Siehe dazu nur die Austeritätspolitik der sogenannten „Troika“, der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds, die eine verhängnisvolle Disziplinierung der südeuropäischen EU-Staaten betreiben. Griechenland wurde dadurch von den neoliberalen Herrschaftseliten in der EU zu einer *Elendsökonomie* gemacht.

Die Politik der Marktradikalen läuft letztlich auf eine *Privatisierung* und damit auf eine Zurückdrängung des Öffentlichen, des in die Wirtschaft intervenierenden Staates und des Sozialen hinaus. Märkte, selbst die Arbeits- und Finanzmärkte, wurden in einem kollektiven politischen Wahn dereguliert und liberalisiert. Das „*Wolfsgesetz*“ *der Konkurrenz* soll überall herrschen, an dessen Ende noch mehr Kapitalkonzentration und in Folge noch mehr privatwirtschaftliche Macht von ein paar Unternehmensgiganten auf uns warten und schließlich die Demokratie pervertiert (zerstört) wird. So spricht schon heute in

demokratieverachtender Manier die deutsche Bundeskanzlerin Merkel von einer „marktkonformen Demokratie“.

### **Doppelte Umverteilung zu den eh schon Reichen**

Dahinter verbirgt sich eine gewaltige Ungerechtigkeit. Löhne und Gehälter sind aus Sicht der Unternehmer nur Kosten, aus Sicht der Beschäftigten aber ihre Existenz – ihr Arbeitseinkommen, das massiv gesenkt wurde. Hier zeigt sich der kapitalismusimmanente Widerspruch. Die abhängig Beschäftigten wollen ihre Einkommen maximieren und die Unternehmer die Arbeitskosten ständig minimieren. Beides geht aber nicht.

Gleichzeitig wurden von der herrschenden Politik die *Gewinn- und Vermögensteuern* drastisch gesenkt bzw. die Vermögensteuer sogar ausgesetzt, und Erbschaftsteuern können in der Steuersystematik allenfalls noch als eine marginale Größe bezeichnet werden. 95 Prozent aller Nachlässe bleiben steuerfrei.

Insofern ist es in Deutschland unter dem neoliberalen Paradigma zu einer doppelten, zu einer *Brutto- und Nettoumverteilung* von den Arbeits- zu den Besitzeinkünften gekommen. Der Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer wurde von 56 Prozent im Jahr 1990 auf 42 Prozent seit 2005 (ab 250.000 Euro sind es 45 Prozent) gesenkt. Ebenso betrug der Körperschaftsteuersatz für thesaurierte Gewinne 1990 in Deutschland noch 56 Prozent. Heute liegt er bei lächerlichen 15 Prozent. Und die Unternehmer klagen weiter über zu hohe Steuern und drohen nicht nur mit Abwanderung in Steueroasen, wo sie noch weniger der Allgemeinheit an Steuern geben müssen. Unerträglich ist im deutschen Steuerrecht auch die Abgeltungsteuer von 25 Prozent auf Kapitalerträge wie Zinsen und Dividenden. Der hart arbeitende abhängig Beschäftigte zahlt dagegen schon ab einem zu versteuernden Jahresbruttoeinkommen von 53.000 Euro den Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer von 42 Prozent. Und der von seinem Vermögen (Zinsen, Dividenden) lebende und nichts Leistende muss lediglich 25 Prozent aufbringen.

### **Der Trick mit den indirekten Steuern**

Was bei den direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen durch die Steuersenkungen ausfiel, wurde bei den indirekten (einkommens- und vermögensunabhängigen) Verbrauchssteuern mehr erhoben. So stieg u.a. die Umsatzsteuer von 10 auf 19 Prozent. Neoliberale Steuerpolitik verstößt hier gegen alte finanzwirtschaftliche Grundsätze, gegen

jede Form ökonomischer Vernunft und Gerechtigkeit. Dabei sollte eigentlich klar sein, dass der Reiche mit hohem Einkommen, und deshalb hoher marginaler und durchschnittlicher Sparquote, von steigenden indirekten Steuern und niedrigen direkten Steuern extrem profitiert.

### Immer mehr Arme und Reiche

Das gesamtwirtschaftlich verhängnisvolle Ergebnis der neoliberalen Umverteilungspolitik für die produzierende Realwirtschaft wurde dagegen hingenommen: Kaufkraft- und Wachstumsverluste, Investitionsattentismus und Massenarbeitslosigkeit. Am Ende immer mehr Arme und Prekarisierte. 16 Prozent, also 13 Millionen Menschen in Deutschland, leben unterhalb der Armutsgrenze von 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens. Das sind 979 Euro im Monat für Miete, Lebensmittel und alles andere, was der Mensch so braucht. Diesen Zustand für Millionen in einem hoch entwickelten Industrieland kannten wir einst nur aus den USA. Übrigens: Auch der gerade eingeführte *gesetzliche Mindestlohn* von 8,50 Euro je Stunde ist nichts anderes als ein Armutslohn. Von diesem Bruttolohn muss in Deutschland mittlerweile fast jeder vierte abhängig Beschäftigte „leben“. Die Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) empfand bei der Gesetzesunterschrift stolz auf das Erreichte.



Die eh schon Reichen wurden dagegen unter dem neoliberalen Paradigma immer reicher. So stieg das private Nettovermögen in Deutschland von 1991, seit der Wiedervereinigung, bis 2012 von 4,0 auf 9,8 Billionen Euro. Dem reichsten Zehntel der erwachsenen Bevölkerung (ab 17 Jahre) in Deutschland gehören davon gut 61 Prozent. Und von den privaten Nettoeinkommen flossen 1995 31,5 Prozent an das reichste Zehntel aller privaten Haushalte. Im Jahr 2007 waren es bereits 37,2 Prozent. Heute ist der Anteil noch weit höher. Allein von 2000 bis 2012 sind in Deutschland 1.023 Milliarden Euro von den Arbeitseinkommen zu den Besitzeinkommen aus Gewinnen, Zinsen, Mieten und Pachten umverteilt worden.

### **Realwirtschaftliche Rückwirkungen und Krisenpolitik**

Die zu den Reichen umverteilten Brutto- und Nettoeinkommen, sowie Vermögen, wurden aber nicht in den produzierenden Wirtschaftskreislauf zurückgeführt, sondern an den Finanzmärkten hoch spekulativ und kontraproduktiv angelegt. Die Geldmächtigen und Vermögenden haben dabei mit ihren zweistelligen Renditeforderungen im Duktus einer Shareholder-value-Doktrin die Herrschaft über die produzierende Realwirtschaft übernommen. Das Ergebnis ist ein *finanzmarktgetriebener Kapitalismus*, mit einer auf den Kopf gestellten kapitalistischen Logik. In der arbeitsteilig generierten Wertschöpfung ist nicht mehr der Gewinn die Restgröße, sondern der Lohn der abhängig Beschäftigten.

Kurzfristig hat dann zum Erhalt des Systems die weltweit herrschende Politik in Anbetracht einer drohenden „*kapitalistischen Kernschmelze*“ alles richtig gemacht. Man besann sich 2009, auf dem Höhepunkt der Krise, und entdeckte den keynesianischen Interventionsstaat wieder. Deficit Spending wurde über Nacht en vogue. Selbst die zuvor radikalsten Neoliberalen im Politikbetrieb pumpten auf Kredit Milliarden an Staatsausgaben in den realwirtschaftlichen Kreislauf, unterstützt von einer extrem expansiven Geldpolitik der Notenbanken. Bad Banks wurden gegründet und privatwirtschaftliche wie auch öffentliche Banken vor der drohenden Insolvenz geschützt. Hierzu gab es keine kapitalistisch immanente Alternative.

### **Politische Mystifikation – Umbuchung**

Mit diesem kurzfristigen Rettungsakt wurde aber gleichzeitig in fast allen Volkswirtschaften die größte Umbuchung in der Geschichte der Menschheit vollzogen. Diese Umbuchung ging – und das ist jetzt das Problem – zum Vorteil der Geldmächtigen auf das Konto *Staatsverschuldung*, die im Nachgang den Staaten vor die Füße fällt. Die Reichen haben in

der Krise kaum an Vermögen eingebüßt. Sie sprechen jetzt aber zynisch von einer „Staatsschuldenkrise“ und haben, obwohl sie vor der Krise die Umverteilungsprofiteure waren, bis heute für die Krise nicht bezahlt und suchen mit ihrem überschüssigen Geld weiter nach spekulativen profitablen Anlagen. Die Summe der weltweit zirkulierenden Finanzvermögen übersteigt, wie vor der Krise, mit dem Faktor drei die Summe der realen Weltproduktion. So geht das Zocken und Wetten an den Börsen weiter, als sei nichts geschehen.

Weiter können die Vermögenden den notleidenden, hochverschuldeten Staaten ihre nicht in der Krise entwerteten Vermögen als verzinste Kredite anbieten und so weiter Kasse machen bzw. noch reicher werden. Gleichzeitig bürdet die neoliberale Politik den Schuldenstaaten drastische Kürzungsprogramme auf, die die arbeitende und wertschaffende Bevölkerung ins Mark trifft und die produzierende (reale) Wirtschaft nicht gesunden läßt. Ein völlig kontraproduktives Unterfangen, das am Ende die Schulden der Staaten und die Krise auf Grund des gesamtwirtschaftlichen Sparparadoxons noch größer und langfristiger macht.

So wird das nichts! Auch alle bisher praktizierten und geplanten finanzpolitischen Maßnahmen springen zu kurz. Sicher war es richtig, kurzfristig über „Rettungsschirme“ den Griechen, Iren und Portugiesen zu helfen. Borniert sind dagegen von Neoliberalen vorgetragene Euro-Ausstiegsszenarien von Krisenländern oder auch der Euro-Austritt von Deutschland. Die EU würde dies weder ökonomisch noch politisch überleben. Auch helfen Aufstockungen von „Rettungsschirmen“ oder Umschuldungen, sowie Euro-Bonds nicht wirklich weiter. Sie verschaffen nur kurzfristig Luft und senken die fiskalischen Lasten. Am Ende steht aber ein langer Leidensweg ohne Aussicht auf wirtschaftlichem Erfolg.

Was in der nachwievor nicht gelösten Krise Not tut, sind zwei weltweit abzustimmende politisch konzertierte Aktionen. Erstens muss die demokratisch gewählte und legitimierte Politik, die der ganzen Gesellschaft verpflichtet ist, die Vermögenden zur Kasse bitten. Durch einen *Kapitalschnitt*, den alle Staaten gleichzeitig vollziehen, müssen die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Machen es alle Staaten, so ist auch eine Kapitalflucht ausgeschlossen. Werden durch den Kapitalschnitt einzelne Banken und Versicherungen als Institutionen bedroht, ist eine Substanz- und Bestandsüberprüfung vorzunehmen. Zweitens, und das ist genauso wichtig, muss weltweit mit dem nachwievor bestehenden neoliberalen Regime der Privatisierung und der Umverteilung von unten nach oben in den einzelnen

Ländern Schluss gemacht werden. Dazu muss nicht nur eine produktivitätsorientierte Lohn- und Arbeitszeitverkürzungspolitik, sondern auch eine Steuerpolitik zum Vorteil der abhängig Beschäftigten und nicht der Unternehmer und Vermögenden betrieben werden. Auch müssen die *Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen* zwischen den Staaten abgebaut werden, ansonsten hilft in Europa nur eine Transferunion. Geschieht dies alles nicht, wird sich die ökonomisch entscheidende Realwirtschaft nicht entwickeln können und es drohen zukünftig noch schlimmere weltweite Krisen.

### **Wirtschaftsdemokratie als Alternative dringend notwendig**

Im Jahr 1516 schreibt der englische Lordkanzler, Sir Thomas Morus, in seinem Buch „Utopia“: „Vom Taglohn der Armen zwacken die Reichen täglich noch etwas ab – nicht nur durch private betrügerische Manipulationen, sondern auch aufgrund staatlicher Gesetze.“ Daran hat sich vom Grundsatz bis heute nichts geändert. Den abhängig Beschäftigten steht immer noch nicht, trotz einer demokratischen Verfassung, der volle Gegenwert ihrer Arbeit zu. Die Abhängigen erhalten im Produktionsprozess nur einen Lohn für ihre Arbeitskraft, und selbst dieser ist häufig so niedrig, dass er weder zum Leben noch zum Sterben reicht. Der bekannte US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith spitzt den Ausbeutungsprozess der abhängig Beschäftigten zu und bezeichnet diesen kapitalismusimmanenten Vorgang als „plumpen Diebstahl“ an der Arbeiterschaft. Und der deutsche Jesuitenpater und Ökonom Oswald von Nell-Breuning machte dies noch einmal 1960 in seinem Buch „Kapitalismus und gerechter Lohn“ anhand der Verteilung der Wertschöpfung deutlich, als er schrieb: „Man könnte das auch so ausdrücken: die Arbeitnehmer schenken den Unternehmern die Kapital- oder Investitionsgüter und sind zufrieden, als Entgelt für ihre Leistung im Produktionsprozess denjenigen Teil der produzierten Güter zu erhalten, der in Konsumgütern besteht. Auf diese Weise werden die Unternehmer reicher und reicher, die Arbeitnehmer bleiben Habenichtse.“ Dies hat jetzt in langen empirischen Reihen der zurzeit viel diskutierte französische Ökonom, Thomas Piketty, zur Aufregung vieler Kapitalapologeten und Neoliberaler in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, endgültig nachgewiesen.

Die Linken wussten dies immer schon. Denn wäre es anders, gäbe es keinen Gewinn, auch keine Zinsen, Mieten und Pachten, eben keine kapitalistischen Besitzeinkünfte für wenige und somit auch keine Ausbeutung der Massen. Die *Arbeitswertlehre*, die Lehre von der Wertschöpfung durch produktive menschliche Arbeit, die dies theoretisch zeigt, wurde von

William Petty bereits im 17. Jahrhundert wissenschaftlich begründet, von Adam Smith und David Ricardo weiterentwickelt, und dann mit der Theorie des absoluten und relativen Mehrwerts von Karl Marx vollendet. Von Petty stammt dabei der Satz: „Die Arbeit ist der Vater und das aktive Prinzip des Wohlstandes, so wie der Boden seine Mutter ist.“ Kapital entsteht erst aus der Kombination von Beiden. Es ist dabei als vergegenständlichte („tote“) Arbeit zu seiner Verwertung auf die lebendige Arbeit des Menschen angewiesen.

In jedem Produktionsprozess kommen deshalb, neben einem Naturgebrauch, immer zwei Inputfaktoren zum Einsatz: *Arbeit und Kapital*. Mit nur einem Faktor ist kein Output möglich. Arbeit und Kapital stehen in der Produktion interdependent zueinander. Außerdem unterliegt die Produktionsfunktion zur Hebung von ständig zu erhöhenden Arbeitsproduktivitäten einem laufenden *Substitutionsprozess* von Arbeit durch Kapital, ohne dass letztlich ein vollständiger Ersatz gelingt. Und obwohl dies alles uneingeschränkt als ökonomisches Gesetz gilt, unterliegt im Kapitalismus der arbeitende vom Unternehmer abhängige Mensch dem entscheidenden „*Investitionsmonopol des Kapitals*“ (Erich Preiser). Das heißt, nur das Kapital entscheidet wann, wie und wo investiert wird. Hier liegt demnach ein systemisch immanentes, kapitalistisches Paradoxon vor. Denn wenn mit nur einem Produktionsfaktor (dem Kapital) kein Output in der Produktion, also keine Wertschöpfung möglich ist, warum haben dann in den Unternehmen nur die Kapitaleigner über die Arbeitsnachfrage, den Arbeitseinsatz, Entlassungen, Investitionen und die Gewinnverwendung zu bestimmen?

Dies hat mehrere, aber gesellschaftlich nicht akzeptable Gründe. Zunächst einmal verfassungsrechtliche. Die *Verfassung* schützt das Kapital einseitig durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln und durch die unternehmerische Freiheit zum ökonomischen Handeln nach maximalem Profit, bezogen auf das eingesetzte Kapital. Im Ergebnis bedeutet dies: Die schon im Produktionsprozess völlig abgeschriebene Maschine zählt in der Verfassung mehr als der arbeitende Mensch, der diese Maschine geschaffen hat. Dadurch sind die abhängig Beschäftigten im Produktionsprozess den Kapitaleignern hoffnungslos ausgeliefert. Der Unternehmer (Kapitalist) darf dem Menschen sogar seine ökonomische Existenzgrundlage, seinen Arbeitsplatz, jederzeit durch Entlassung zur Steigerung der Profitrate nehmen. Um hier Abhilfe zu schaffen, müssten die unzureichenden deutschen betrieblichen und unternehmensbezogenen *Mitbestimmungsgesetze* zu einer wirklichen Parität zwischen Kapital und Arbeit ausgebaut werden.

Hinzu kommt, dass die Unternehmer völlig frei sind überhaupt die abhängig Beschäftigten an den Arbeitsmärkten nachzufragen. Nur durch die unternehmerische Nachfrage erhalten die Abhängigen und sog. „Unselbstständigen“ aber einen ökonomischen Wert. Bleiben sie arbeitslos, können sie von den Kapitalisten und ihren Claqueuren gesellschaftlich ständig als „Sozialschmarrotzer“ und „Faule“ diffamiert werden. Dies führt letztlich zu Scham- und Schmachgefühlen bei den gesellschaftlich „Externalisierten“, wie Viviane Forrester in ihrem Buch „Der Terror der Ökonomie“ herausgearbeitet hat. „Die Scham“, so Forrester, „sollte an der Börse gehandelt werden: Sie ist ein wichtiger Grundstoff des Profits“. Und wie schrieb Morus in „Utopia“? Überall, „wo es Privateigentum gibt und wo gleichzeitig jedermann alles nach dem Geldwert bemisst,“ es in einem Staatswesen kaum gerecht zugehen und das Glück herrschen kann, es sei denn, man wäre der Ansicht, „dort gehe es gerecht zu, wo das Beste an die Schlechtesten kommt, oder dort herrsche das Glück, wo alles unter wenige verteilt wird und auch diese wenigen nicht in jeder Beziehung gut daran sind, die übrigen aber ganz schlecht“.

### **Arbeitszeitverkürzung überfällig**

Zum Schluss meines Beitrags möchte ich noch eine Frage stellen: Wie lange will Deutschland noch mit *Massenarbeitslosigkeit* „leben“ und rund 50 Milliarden Euro jährlich an gesamtwirtschaftlich-fiskalischer Belastung tragen? Soviel kostet nämlich die Arbeitslosigkeit der Gesellschaft. Von dem Leid des einzelnen Arbeitslosen ganz zu Schweigen. Ein völliges *Systemversagen!* Ohne Massenarbeitslosigkeit würde in Deutschland keiner über Staatsverschuldung oder Problemen im Sozialstaat auch nur eine Sekunde nachdenken und reden müssen. Dabei ist es in Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde, doch ganz einfach der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden. Dazu müsste nur ein *öffentlich geförderter Beschäftigungssektor* aufgebaut werden, in dem Jenseits öffentlicher Verwaltungslogik Beiträge zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedarfe geleistet werden. Hier ist insbesondere an soziale Dienstleistungen zu denken, die in den skandinavischen Ländern eine Selbstverständlichkeit sind. Entscheidend zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird aber eine *kollektive Arbeitszeitverkürzung* sein. Die realen Wachstumsraten in der Wirtschaft sind zu klein, um die gleichzeitig steigende Produktivität zu kompensieren. Wenn in einer Volkswirtschaft die alles entscheidende Produktivität zulegt, dann kann auch der reale Lohnsatz der abhängig Beschäftigten um diese Produktivitätsrate steigen und gleichzeitig die Arbeitszeit gesenkt werden, um somit Arbeitslose und Unterbeschäftigte in Arbeit zu bringen,

und zwar zu den gleichen Bedingungen wie die bereits Beschäftigten. Das heißt Arbeitszeitverkürzung bei vollem *Lohn- und Personalausgleich* und ist im Ergebnis lohnstückkosten- und verteilungsneutral, weil auch die Gewinne der Unternehmer automatisch in Höhe der Produktivitätsrate steigen. An der Lohn- und Gewinnquote in der Gesamtwirtschaft ändert sich nichts. Auch die Preise bleiben konstant. Es gibt also keine inflatorischen Effekte durch Arbeitszeitverkürzungen. Alle gewinnen. Es entsteht eine gesamtwirtschaftliche *Win-Win-Situation*. Die Einzigen, die dies nicht wollen, sind die Kapitaleigner und ihre Claqueure in Politik, Wissenschaft und Medien. Und warum? Weil sie die Produktivitätssteigerungen allein für sich beanspruchen bzw. dem Kapital zusprechen. Sie wollen eben weiter von unten nach oben, von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen, umverteilen.